

1 Antrag an den Gewerkschaftstag
2 Antragsteller: Stadtverband Bremen

3
4 **Schluss mit den Bildungskürzungen –**
5 **Alternativen sind möglich!**

6
7 Der Gewerkschaftstag der GEW Bremen fordert den Senat auf,

- 8
9 • die vorgesehenen Kürzungen im Bildungshaushalt zurück zu nehmen,
10
11 • die Ausstattung der Bremer Schulen personell und materiell so zu verbessern,
12 dass zunächst mindestens der Standard der anderen Stadtstaaten erreicht wird,
13
14 • eine politische Initiative zu starten, die das Ziel des Dresdener Bildungsgipfels
15 (mindestens 7% des BIP für Bildung) bundesweit vorantreibt,
16
17 • im Bundesrat für eine Steuerpolitik einzutreten, die zu einer Erhöhung der
18 Einnahmen der Länder und Gemeinden führt,
19
20 • den Bremer Bürgerinnen und Bürgern endlich die Wahrheit zu sagen, dass eine
21 Einhaltung der Schuldenbremse und ausreichende öffentliche Leistungen unmöglich
22 gleichzeitig zu realisieren sind, wenn sich die Einnahmesituation nicht drastisch
23 verbessert.

24
25 Seit über 20 Jahren stehen die Bremer Schulen unter dem Diktat des Rotstiftes.
26 Weitere Kürzungen im Bildungsbereich rauben den Kindern und Jugendlichen
27 Zukunftschancen. Der Gewerkschaftstag der GEW wendet sich an alle Bremerinnen
28 und Bremer, die sich Sorgen um die Zukunft des Stadtstaates als funktionsfähiges
29 Gemeinwesen machen: Unterstützen Sie das Bremer Bündnis für Bildung!

30
31 **Begründung:**

32 Ende des letzten Schuljahres wurde deutlich, was der Koalitionsvertrag der neuen
33 Landesregierung in den nächsten Jahren für die Schulen bedeutet: Kürzungen, die in
34 den einzelnen Schulen nicht mehr aufgefangen werden können. Wenn der
35 Personalhaushalt im Bereich Schulen bis 2015 um 20 Mio. € gekürzt werden soll,
36 dann bedeutet dies, dass LehrerInnenstellen in erheblichem Umfang gestrichen
37 werden – und das in einem Bundesland, das seit dem PISA-Bundesländervergleich
38 von 2001 ohnehin als Schlusslicht der bundesdeutschen Schullandschaft gilt.

39
40 Aus den PISA-Ergebnissen muss geschlossen werden: Je weniger in die schulische
41 Bildung investiert wird und je selektiver das Schulsystem ist, umso deutlicher schlägt
42 die soziale Lage auf die Testergebnisse durch, umso größer wird die „Risikogruppe“,
43 deren Testergebnis unter dem Mindeststandard liegt. Ein Bundesland also, in dem
44 der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund sehr hoch liegt und in dem
45 Kinderarmut verbreitet ist, muss besonders viel in Bildung investieren und ein
46 möglichst integratives Schulsystem bereitstellen, um nicht in einen Teufelskreis zu
47 geraten.

48
49 Aufgrund einer unvernünftigen Haushaltslogik wurden in der gesamten Phase der
50 großen Koalition von SPD und CDU (1995-2007) die Schulen und Kitas massiv
51 vernachlässigt. Ausgaben für Erziehung und Schulbildung galten als „konsumtiv“.

1 Selbst der PISA-Schock von 2002 änderte daran nichts. Durch mehrere
2 Einstellungsstopps reduzierte man die Zahl der LehrerInnenstellen in der
3 Stadtgemeinde Bremen seit 1995 von 5100 auf unter 4500. Die rot/grüne Koalition
4 beendete zwar den Abbau und besetzte seit 2007 die meisten frei werdenden Stellen
5 wieder neu, aber das Versorgungsniveau blieb auf dem vorherigen niedrigen Stand.
6

7 Dieser starke Abbau führte zu einer deutlichen Verschlechterung der Schüler/Lehrer-
8 Relation. Die Grenzen der Belastbarkeit des Personals sind längst überschritten.
9 Überall in Deutschland ist die Bildung unterfinanziert. Dabei hat sich Bremen mit
10 seinen Personalkürzungen besonders „hervorgetan“. Während hier Anfang der 90er
11 Jahre noch die bundesweit beste Schüler/Lehrer-Relation vorhanden war, liegt sie
12 heute unter dem Bundesdurchschnitt und ist bedeutend schlechter als in den
13 anderen Stadtstaaten.

14 Die neuen Vorhaben der Senatorin für Bildung (Oberschule, Inklusion) waren von
15 Beginn an unterfinanziert. Jetzt sollen in der zweiten Legislaturperiode auch noch 20
16 Millionen € im Personalhaushalt gestrichen werden. Damit wird das öffentliche
17 Schulsystem in einen Zustand gebracht, in dem es immer weniger in der Lage ist,
18 Defizite auszugleichen und im Bereich der Bildung einen Beitrag zur sozialen
19 Gerechtigkeit zu leisten.
20

21 In einer Regierungserklärung kurz vor der Bürgerschaftswahl erklärte Bürgermeister
22 Jens Böhrnsen: „Der Weg ist steinig und dornig“, aber „zum ersten Mal hat Bremen
23 die Perspektive, die volle finanzpolitische Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen“.
24 Die Fakten versprechen das Gegenteil: Bremen hat sich seine Zustimmung zur
25 Schuldenbremse im Bundesrat mit 300 Mio. jährlicher Beihilfe zum Schuldenabbau
26 abkaufen lassen. Dafür muss der aktuelle Haushalt bis 2019 aber jährlich um 110
27 Mio. gekürzt werden. Zwar hat der Senat in einer Protokollnotiz festgehalten, dass
28 dies nur bei stabilen Steuereinnahmen möglich sei, aber er demonstriert mit den
29 Kürzungen seine Bereitwilligkeit, am Kaputtsparen der öffentlichen Haushalte durch
30 Schuldenbremse und Niedrigsteuerepolitik teil zu nehmen.
31

32 Dieser Weg führt in die Sackgasse. Die neue Landesregierung ist gefordert, nicht nur
33 in der Koalitionsvereinbarung oder in Protokollnotizen beim Sanierungsbeirat höhere
34 Steuereinnahmen zu verlangen, sondern auch zusammen mit anderen notleidenden
35 Ländern und Kommunen verstärkt in der Tagespolitik für eine bessere
36 Finanzausstattung zu kämpfen.